Eisenacher Nachrichten

Stadtinfo # Nr.7 # Januar 1999

Brandanschläge

In der Nacht vom 22. zum 23. Dezember verübten mindestens zwei unbekannte TäterInnen einen Brandanschlag auf das Haus für Soziokultur in der Gerberstrasse 3, Weimar.

Am 23. Dezember um etwa 1.30 Uhr wurde von der Straße aus ein Molotowcocktail in Richtung der Fenster im ersten Stock geworfen. Die mit Benzin und Öl gefüllte Flasche prallte von der Hauswand ab und zerschellte brennend auf dem Bürgersteig. Unmittelbar nach dem Wurf stieg der mutmaßliche Täter in einem auf der Straße wartenden dunkelroten Mittelklassewagen und fuhr davon.
Im Haus Gerberstrasse 3 hielten sich zu diesem Zeitpunkt die BewohnerInnen sowie circa 50 Gäste der hauseigenen Gaststätte auf. Die Kriminalpolizei Weimar ermittelt.
Da allgemein bekannt ist, daß das Haus für Soziokultur bewohnt ist und lange Öffnungszeiten hat, kann der Vorfall nur als Anschlag auf das Leben der BewohnerInnen, MitarbeiterInnen und Gästen bewertet werden.

Weiterer Brandanschlag in Weimar

In der Weihnachtsnacht (25. Dez., 1,30 h) wurde in Weimar erneut ein Brandanschlag ausgeübt. Einem PKW, der in unmittelbarer Nähe des Hauses für Soziokultur in der Gerberstrasse parkte, wurde die Beifahrerscheibe eingeschlagen und der Wagen mit einem Molotowcocktail in Brand gesteckt.
In den letzten Monaten hatten neofaschistische Kader verstärkt versucht auf rechtsorientierte Jugendliche in Weimar Einfluß zu nehmen, was vom Thüringer Verfassungsschutz jedoch bestritten wurde. Jugendliche aus dem Umfeld der Gerberstrasse hatten verschiedene Gegenaktionen durchgeführt. Es ist daher nicht auszuschließen, daß Rechtsextreme hinter den Brandanschlägen stecken und damit die gegen Rechts orientierten Jugendliche einzuschüchtern versuchen. ❑

NPD-Bundesparteitag verhindern!

Vom 23. bis 24. Januar ´99 will die rechtsextreme NPD in Mulda (bei Freiberg) ihren Bundesparteitag durchführen. Ein antifaschistisches Bündnis hat Aktionen angekündigt, die den Parteitag verhindern sollen. Am Sonnabend, den 23.1.99 wird es eine Demonstration gegen den Parteitag in Mulda geben.
Auch Eisenacher AntifaschistInnen werden nach Mulda fahren, um sich an den antifaschistischen Aktionen zu beteiligen. Der Treffpunkt ist am 23.1.99 um 6.15 Uhr in der Eisenacher Bahnhofshalle.

Termine

Mittwoch, 13.1.99
15.30 Uhr: *Kaffeehausmusik*, Café Balance
Donnerstag, 14.1.99
19.30 Uhr: *Nicaragua - Wohin fließen die Spendengelder?*, Bibelcafé, Goldschmiedestraße 26, ESA
20.00 Uhr: *Erste Hilfe bei der Demo*, Offene Arbeit, Allerheiligenstraße 9, Erfurt
Freitag, 15.1.99
20.00 Uhr: *American Folk*, Café Balance
Samstag 16.1./Sonntag 17.1.99
Anti-Expo Treffen in Leipzig, Aus Eisenach sind Leute daran interessiert. Wer mitfahren möchte, wende sich bitte schriftlich an die EN oder telefonisch über: 03691/214022
Außerdem an diesem Wochenende:
Die KARAWANE ...für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen in Erfurt, DGB-Haus, Juri-Gagarin-Ring 150
Samstag 12.00 Uhr: *Situation von AsylbewerberInnen in Thüringen*
Sonntag 10.00 Uhr: *Für die Abschaffung der Abschiebehaft*
Mittwoch, 20.1.99
15.30 Uhr: *Kaffeehausmusik*, Café Balance
Donnerstag, 21.1.99
19.00 Uhr: *Ökologie-radikal Strategien für einen aktionsfähigen Umweltschutz,* TUZ, Uferstraße 1, ESA
Samstag, 23.1.99
13.00 Uhr: *NPD-Bundesparteitag verhindern!*, Mulda (bei Freiberg), Infotel.: 0341/9405407
Mittwoch, 27.1.99
15.30 Uhr: *Kaffehausmusik*, Café Balance
Freitag, 29.1.99
20.00 Uhr: *Die vielseitige Gitarre (Libor Fisher)*, Café Balance
Donnerstag, 4.2.99
19.00 Uhr: *Mumia Abu Jamal - Aus dem Todestrakt*, TUZ, Uferstraße 1, ESA

30.Januar 1999 66 Jahre Machtübergabe an die Nazis

Antifaschistischer Mahngang
in Weimar
14.00 Uhr Bhf. Vorplatz (Beginn)
16.00 Uhr Theaterplatz (Ende)

Burschenschaften und Rechtsextremismus - Teil II

Wie schon in der vorigen EN angekündigt folgt hier nun der zweite Teil des Vortrages "Burschenschaften und Rechtextremismus". Wir hoffen das es interessant für euch war und das ihr euch schon auf diesen und die nächsten Teile freut. Also viel Spaß nun beim Lesen und Diskutieren.

Das verwundert kaum, formte doch völkisch-nationalistisches Denken das burschenschaftliche Weltbild von Beginn an. Schon in der Urburschenschaftsbewegung Anfang des 19. Jahrhunderts findet man sowohl aufklärerisch-liberales Denken als auch Elemente völkischer Ideologie. Letztere zeigt sich beispielsweise beim Wartburgfest 1817 als unter anderem ein Buch des jüdischen Schriftstellers Saul Ascher verbrannt wurde. Es wurde mit folgenden Worten in die Flammen geworfen:

„**Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judentum und wollen über unser Volksthum und Deutschthum schmähen und spotten!"**

In den Zeiten der Illegalität - infolge der Karlsbader Beschlüsse - radikalisierte sich die Burschenschaftsbewegung. Man organisierte konspirative Burschentage, beteiligte sich an der Entfaltung politischer Publizistik, arbeitete in bürgerlichen Vereinen mit und organisierten politische Feste. Auf dem Hambacher Fest (1832) und während der 48er Revolution wurden bürgerlich-demokratische Vorstellungen formuliert, die die völkischen Elemente zunächst in den Hintergrund treten ließen, was sich jedoch mit dem Scheitern der Revolution änderte: Die Differenzen zwischen der eher monarchisch-konservativen Corpshaltung und er zum Teil antifeudalen und republikanischen Burschenschaftergesinnung verringerten sich. Die Burschenschaften übernahmen Riten und Praktiken der feudal-aristokratischen Gesellschaft, wobei ein nach außen sichtbares Zeichen für diesen Assimilierungsprozeß die Einführung der Bestimmungsmensur und das Prinzip der unbedingten Satisfaktion war. Burschenschaften galten nun wie Corps und Landsmannschaften als Stützen des Kaiserreiches.

Lange vor Ausbruch des ersten Weltkrieges waren bei den Burschenschaften alle Momente des völkisch imperialen Denkens - hierzu zählen Rassismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus und Nationalismus - vorhanden. Sie identifizierten sich mit den sozialimperialistischen und aggressiv-militaristischen Bestrebungen des Deutschen Kaiserreiches. Jüdische Studenten wurden seit den neunziger Jahren aus dem Verband gedrängt, die Sozialdemokratie bekämpft. Deshalb verwundert es auch nicht, daß die Mehrheit der Burschenschafter die Novemberrevolution als Zusammenbruch ihrer Ideale ansah und die Weimarer Republik ablehnte. Sowohl am Kapp-Putsch als auch am Hitler-Putsch waren Burschenschafter führend beteiligt. Zu Beginn der dreißiger Jahre hatten sich Ideologie und Praxis der Burschenschaften an die der deutschen Faschisten nahezu vollständig angeglichen; zusammen mit dem „Nationalsozialistischen Studentenbund", dem zahlreiche Burschenschafter angehörten, wurden der Ausschluß jüdischer Studenten von den Hochschulen gefordert sowie Hetzkampagnen gegen mißliebige Hochschullehrer und Dozenten betrieben. Wehrsport, Arbeitsdienst und Grenzlandlager, sowie das Agitieren gegen den Young-Plan trugen maßgeblich zur Zerstörung der Weimarer Demokratie bei. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde ausdrücklich begrüßt und in die Kontinuität des eigenen Wirkens eingereiht: Führende Verbandsfunktionäre schrieben in einem gemeinsamen Aufruf der Verbandsorgane in den „Burschenschaftlichen Blättern" (März 1933):

„Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahraus jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden."

Bis zum heutigen Tag wird in Burschenschafterkreisen die Legende vertreten, der Verband sei als Gegner des Nationalsozialismus verboten worden, beispielsweise heißt es auf der Homepage der Deutschen Burschenschaft unter der Rubrik „Die geschichtliche Entwicklung der Deutschen Burschenschaft":
„18. Okt. 1935 zwangsweise Auflösung der Deutschen Burschenschaft"
Eine solche Aussage kann nur als Geschichtslüge bezeichnet werden. Tatsächlich beschloß die „Deutsche Burschenschaft" am 6. Oktober 1935 in Leipzig ihre Auflösung und übergab am 18. Oktober des gleichen Jahres dem NSDStB-Führer Albert Derichsweiler auf der Wartburg die Fahne der Urburschenschaft. Der DB-Führer Glauning bekannte sich, getreu dem „Vermächtnis der Urburschenschaft", voll und ganz zum „Geist der nationalsozialistischen Revolution" und gab mit folgender Proklamation die Vereinigung bekannt:

„Auf Grund der mir am 6.10.1935 von allen Bundesleitern und Sprechern in Leipzig einstimmig erteilten Vollmacht löse ich mit dem heutigen Tag den Verband Deutscher Burschenschaften auf und stelle die aktiven Burschenschaften dem NSDStB als Kameradschaft mit der Bitte zur Verfügung, daß er die Tradition der Urburschenschaften zu treuen Händen übernehmen möchte. Dies aber bedeutet: die besten Kräfte der Deutschen Burschenschaft vereinigt im NSDStB."

Die Streitigkeiten zwischen „Deutscher Burschenschaft" und NS-Organisationen, insbesondere dem „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund", die es natürlich gab, waren nicht auf inhaltliche Differenzen zurückzuführen, sondern auf die Durchsetzung eines neuen, von der NSDAP organisatorisch kontrollierbaren Herrschaftsmodells. Die absolute Gleichschaltung wider-

In der nächsten Ausgabe geht es dann weiter

Impressum: Eisenacher Nachrichten, c/o Briefkasten des DGB, Grimmelsgasse 2b, 99817 Eisenach

Leben auf 6 qm

Unterbringung von Flüchtlingen in Thüringen (auch Eisenach)

Wie lange hält ein Mensch es aus, in einem Zimmer mit zwei, drei oder vier anderen Personen zu leben?

90% der über 7.000 Flüchtlinge in Thüringen wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft. Sechs Quadratmeter Platz sollen dort pro Person zur Verfügung stehen. Was heißt, daß es auch weniger sein kann. Ganze Familien leben oft in einem Raum oder auch mehrere alleinstehende Personen, die sich nicht kennen und vielleicht auch nicht mögen. Eine Intimsphäre gibt es nicht. Ein abschließbarer Schrank ist für viele die einzige Privatheit. Erwachsene, Jugendliche und Kinder leben in dieser Situation nicht wenige Tage oder Wochen, sondern jahrelang.
Seit 1. Januar 1998 könnte vieles anders sein. Seitdem gilt das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz, das die Einzelunterbringung von Flüchtlingen ermöglicht. Das Prinzip ist zwar - weil die CDU darauf bestand und die SPD kein Gesetz mit der PDS beschließen wollte - nach wie vor die Gemeinschaftsunterbringung, aber die Landkreise und kreisfreien Städte können den größten Teil der Flüchtlinge in Wohnungen unterbringen. Dies wäre nach der Lage auf dem Wohnungsmarkt auch kein Problem: Alleine in Erfurt wird der Wohnraumleerstand auf 6.000 Wohnungen geschätzt.
So viel die Theorie. Die Praxis sieht jedoch anders aus. In Gera, im Landkreis Schmalkalden-Meiningen und auch in Erfurt wurde beschlossen, neue Sammelunterkünfte einzurichten. Bürokratisch korrekt, aber gegen den Sinn des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, das bewirken sollte, daß weniger und nicht mehr Flüchtlinge in Heimen leben müssen.
Mit den Stimmen der CDU und durch die Enthaltung der SPD wurde am Mittwoch, den 18. November der Antrag der Fraktion Forum/Grüne im Erfurter Stadtrat zu Fall gebracht, der auf die verstärkte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen zielte. Die SPD erklärte den Stadtrat für "nicht zuständig" - ein Lehrstück in Sachen Demokratie.
Nach Auffassung der Ausländerbeauftragten des Evangelischen Kirchenkreises Erfurt, des Thüringer Flüchtlingsrates und des Referenten für Migration beim Caritasverband wurde die derzeitige Situation im Stadtrat schöngeredet. Es wurde nicht erwähnt, daß viele Flüchtlinge seit Jahren vergeblich darauf warten, eine Wohnung beziehen zu dürfen; wie z. B. die kosovo-albanische Familie Rexhaj, die mit zwei Erwachsenen und vier Kindern seit fünf Jahren in einem 26 qm großen Zimmer in der Gemeinschaftsunterkunft Kühnhausen lebt.
Alle Fraktionen sprachen sich im Stadtrat für menschenwürdige Lebensverhältnisse aus und würdigten die Unterbringung in Wohnungen als humane Variante. Jetzt muß mit Aufmerksamkeit verfolgt werden, ob den Aussagen und Willensbekundungen im Stadtrat auch Taten folgen. Wer eine Wohnung beantragt, muß auch schriftlich über den Verfahrensstand informiert werden und wer die Voraussetzungen erfüllt, soll eine der vielen leerstehenden Wohnungen erhalten.
Immer noch aktuell ist mit der Entscheidung des Stadtrates der Appell "Asylsuchende endlich in Wohnungen unterbringen - kein neues Flüchtlingsheim in Erfurt!", den 270 Menschen unterzeichnet haben und der am 18.11. an die Ratsfraktionen und Oberbürgermeister Ruge übergeben wurde. Zu den Unterzeichnern gehören u. a.: ***Dr. Heino Falcke,*** *Evangelischer Propst i. R.;* ***Michel Friedmann,*** *Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland;* ***Dr. Rudolf Giertler,*** *Chefarzt Katholisches Krankenhaus;* ***Dr. Klaus Gronau;*** *Chefdramaturg;* ***Bruno Heller,*** *Diözesan-Caritasdirektor;* ***Hans-Hermann Hoffmann,*** *DGB-Kreisvorsitzender Mittelthüringen;* ***Joachim Jaeger,*** *Evangelischer Propst in Erfurt;* ***Peter Matheis,*** *Pfarrer St. Wigbert und St. Crucis;* ***Wolfgang Nossen,*** *Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde;* ***Bodo Ramelow,*** *Aufsichtsratsvorsitzender Wohnungsbaugenossenschaft Zukunft, hbv Landesvorsitzender;* ***Frank Spieth,*** *Vorsitzender DGB-Landesbezirk Thüringen.*
Mit zwei Gemeinschaftsunterkünften in Erfurt gibt es eine Unterkunft zu viel. Zum nächstmöglichen Termin sollte der Vertrag mit der schlechteren der Unterkünfte gekündigt werden. Dies könnte das Heim in Kühnhausen sein, in dessen Baracken es hineinregnet und das wegen Kakerlakenbefall regelmäßig mit hochgiftigen Insektiziden ausgesprüht wird.
In allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen sollte ebenfalls versucht werden, mit den KommunalpolitikerInnen ins Gespräch zu kommen, um Beschlüsse herbeizuführen, die festlegen, daß die Möglichkeiten des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vollumfänglich genutzt werden. Das heißt, die Sammelunterkünfte in den Kreisen und Städten müssen so klein wie möglich dimensioniert sein, damit alle Flüchtlinge, die die Voraussetzungen erfüllen, in Wohnungen leben können, wenn sie dies möchten.
❑

Antifa-Cafè Tot!

Wie ihr wahrscheinlich schon in der "Termin Spalte" gelesen habt, wird es ab diesem Jahr kein Antifa-Café mehr geben, denn dieses wurde aufgrund der geringen Beteiligung (bzw. gar keiner) von den "Betreibern" aufgegeben. Entstanden ist es, nachdem aus Eisenach ein großer Bus zur 2.Saalfeld Demo gefahren ist und einige Leute Bock hatten politisch weiter zuarbeiten. Damals war dies dann auch relativ stark besucht, aber einigen Leuten wurde es dann teilweise zu inhaltlich und zu "trocken". Daraufhin wurde dann das Antifa-Café gegründet, für Leute, die Bock hatten sich einfach nur mal locker über politische Situationen zu unterhalten und zu diskutieren oder (und) sich Informieren wollen. Doch leider ließen sich nach einiger Zeit nur noch vereinzelt Leute dort blicken und leider kamen auch keine neuen Leute und irgendwann kam dann keiner mehr! Nun fragen sich die "Betreiber" natürlich woran das liegt, da ja auch keine Kritik oder sonstigen Verbesserungsvorschläge gemacht wurden.
Also, wenn einigen Leuten dazu noch etwas einfällt und sie sich dazu äußern wollen (was echt SUPER wäre), können sich schriftlich an die EN (Eisenacher Nachrichten, Grimmelsgasse 2b, 99817 Eisenach) wenden, oder wir sehen uns hoffentlich bei einer anderen Veranstaltung.
❑

Ökologie radikal

Strategien für einen aktionsfähigen Umweltschutz

Mit Jörg Bergstedt vom Fachbereich "Wirtschaft und Politik" des Instituts für Ökologie, und Autor des Buches "Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz" soll am 21. Januar 1999 um 19.00 Uhr im Café „Uferlos" (Thüringisches Umweltzentrum, Uferstraße 1, Eisenach) über Strategien eines aktionsfähigen Umweltschutzes nachgedacht und diskutiert werden.

Für die Umweltverbände, viele Gruppen und Umwelteinrichtungen haben sich die Zeiten verändert. Sie sitzen heute regelmäßig mit an den Tischen der Mächtigen. Vorbei sind die Zeiten, in der auf der Straße, in z.T. eigenen Medien oder in direkter Aktion um die Sache gekämpft wurde. Vorbei sind aber auch die Zeiten, die für den Umweltschutz Fortschritte brachten. Zur Zeit erleben die "Ökos" ein Desaster: Sie werden zwar in unverbindlichen Runden beteiligt, gleichzeitig aber gehen alle früheren Erfolge per Deregulierung und Flächenverbauung verloren. Und Widerstand fehlt ...

Vortrag und Diskussion dieses Abends dienen nach einer kurzen Bestandsaufnahme der Situation vor allem den Perspektiven: Wie kann Umweltschutz wieder unabhängig, aktionsfähig und schlagkräftig werden? Und wie kann er zum Teil eines gesamtgesellschaftlichen Projektes werden, dem Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung? Die Perspektive liegt in einer unabhängigen, vielfältigen Bewegung, die zusammen mit den entsprechenden Teilen der Friedens-, internationalistischen, sozialen, Frauen-, Jugend- und weiteren Bewegungen an einer emanzipatorischen Gesellschaftsveränderung arbeitet und genau dafür bündnisfähig ist.

Veranstaltungen des Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus - Für internationale Solidarität und dem DGB-Ortskartell Eisenach

Mumia Abu Jamal

Aus dem Todestrakt

Unter dem Titel "Mumia Abu-Jamal – Aus dem Todestrakt", führt der Arbeitskreis Antifaschismus/Antirassismus – Für internationale Solidarität am 4. Februar 1999 eine Veranstaltung durch. Sie beginnt um 19.00 Uhr im Café "Uferlos" (Thüringisches Umweltzentrum, Uferstraße1, Eisenach).

1982 wegen angeblichen Polizistenmord angeklagt, ist Mumia (Ex-"Black Panther") ein Beispiel für den Rassismus in den USA. Mittlerweile wurde er schon einmal zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung konnte auf Grund einer großen internationalen Protestbewegung verhindert werden. Der Vortrag handelt von Mumia Abu Jamals Vergangenheit, seiner Anklage, seiner Inhaftierung, sein Leben im Knast, der Black-Panther Bewegung, der internationalen Unterstützung und dem aktuellen Stand der Dinge. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

All Power to the people!

16.-17. Januar 1999

Die KARAWANE

...Für die Rechte von Flüchtlingen und Migrantlnnen

Treffen im DGB Haus Erfurt,
Juri-Gagarin-Ring 150

Samstag, 16. Januar um 12.00 Uhr:

Situation von Asylbewerberlnnen in Thüringen:
Isolation, Konzentration, Medizinische Versorgung, Eingeschränkte Bewegungsfreiheit und Landkreisgrenzen für AsylbewerberInnen

Sonntag, 17. Januar um 10.00 Uhr:

Für die Abschaffung der Abschiebehaft

Vorbereitung zum bundesweiten Koordinierungstreffen für die **KARAWANE '99**

Info´s: 0172-5918380, 03641-449304 in Jena
The Voice e.V., Schillergäßchen 5, 07745 Jena